Zeitschrift: Jahrbuch für Solothurnische Geschichte

Herausgeber: Historischer Verein des Kantons Solothurn

Band: 73 (2000)

Artikel: Der Kanton Solothurn im 20. Jahrhundert : Versuch einer historischen Übersicht

Autor: Wyser, Alfred

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-325199

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Kanton Solothurn im 20. Jahrhundert Versuch einer historischen Übersicht

Alfred Wyser

INHALTSVERZEICHNIS

1. Das politische Profil des Kantons 11
   1.1 Die Entwicklung der politischen Machtverhältnisse 11
   Die Machtteilung zwischen Freisinn und Opposition 11
   Von 1917 bis 1940 11
   Vom «Burgfrieden» bis zum Verlust der freisinnigen Regierunsrats-Mehrheit 12
   Das Ende der machtpolitischen Stabilität 13
   Polarisierung und wechselnde Allianzen: 1953–1967 13
   Das definitive Ende der Dreiparteienherrschaft 1969 13
   Die Machtverhältnisse am Ende des Jahrhunderts 14
   1.2 Die Grundrichtungen der kantonalen Politik 15
   Der Kulturkampfkanton 15
   «Demokratischer Egalitarismus» 16
   Kanton – Regionen – Gemeinden 18
   Konservativer Grundzug 18
   Soziale Aufgeschlossenheit 19
   Bemühen um politische Mitte und Toleranz 19
   Reformschübe und Planungsskepsis 20

2. Industriekanton und kantonale Politik 21
   2.1 Die Beziehungen von Politik und Wirtschaft in der Zeit der Vollindustrialisierung 21
   Von der Streitpolitik zum Arbeitsfrieden 22
   Eine fast goldene Zeit – Hochkonjunktur – Ausbau der Infrastruktur: 1945–1975 24
   2.2 Wirtschaft und Politik im letzten Jahrhundertviertel 25
   Die Politik der «Konkordanz» meistert die wirtschaftlichen Wechselfälle 1975–1985 25
   Jahre des Wirtschaftswandel und des armen Staates 27
   Das Ende der «Königreiche» 29

3. Kultur und Kulturpolitik im Kanton Solothurn 30
   3.1 Solothurnische Volkskultur 30
   3.2 Kulturwahrung 31
   3.3 Kulturförderung 32
   3.4 Die Bildungspolitik des Kantons 32
   Die Mittelschule 33
   Solothurnische Hochschulpolitik 34
   Die Berufsbildung 34

4. Das solothurnische Staatsbewusstsein 35
   4.1 «Der alte stolze Stand» – gestern und heute 35
   4.2 Der Brückenkanton zwischen deutsch und welsch 36
   4.3 Der Kanton in der Eidgenossenschaft 36

Zum Schluss 37

Zeittafel 38

Bildnachweis

Die Abbildungen (Auswahl: André Schluchter) wurden freundlicherweise vom Staatsarchiv (1, 7, 9), der Denkmalpflege (2, 3, 4, 5, 6) und dem Hochbauamt (8) zur Verfügung gestellt.

1. Das politische Profil des Kantons

1.1 Die Entwicklung der politischen Machtverhältnisse

Die Machtteilung zwischen Freisinn und Opposition

Der Titel proponiert, den Freisinn als die wesentliche Stütze des Staatswesens, die andern Parteien insgesamt als Opposition zur FdP und zum freisinnig dominierten Staat zu verstehen. Diese Sicht gilt zweifellos bis 1952, bis zum Sturz der freisinnigen Regierungsmehrheit, in manchem Bezug allerdings auch für die 2. Hälfte des Jahrhunderts, bis zum Zerfall des traditionellen Parteienspektrums. Diese Machtteilung bestimmt in diesem «urpolitischen» Kanton weitestgehend Politik, Staats- und Gesellschaftsleben bis ins letzte Jahrhundertviertel.

Von 1917 bis 1940

In den Kriegswahlen von 1917 verliert die FdP erstmals die absolute Parlamentsmehrheit. Aus dem traditionellen, nach wie vor kulturkampfgeprägten Zweikampf zwischen dem Freisinn und der Katholisch-konservativen Volkspartei (KK) geht die Sozialdemokratische Partei als lachender Dritter mit 25% Stimmenanteil hervor. Die FdP verzichtet freiwillig auf den 4. Regierungssitz, und von da an bleibt die Zusammensetzung der Exekutive 3-1-1 bis 1952.

Bis 1929 erholt sich die FdP unter der legendären Führung von Erziehungsdirektor und Ständerat Robert Schöpfer bis auf 48,8% und zur absoluten Kantonsrats-Mehrheit. Jetzt führte die Partei den Zweifrontenkampf mit äusserster Härte, wenngleich sich im obern Kantonsteil da und dort «Bürgerblockgelüste» regten.

Der Jubiläumsparteitag von 1930 zeigte eine Partei, welche «die Macht hatte und wusste, sie zu gebrauchen». 12000 Teilnehmer feierten unter Führung von Schöpfer, dem linksfreisinnigen Nationalrat Adrian von Arx und dem Leader der aufkommenden Jungliberalen Urs Dietschi.

Seit der Ersatzwahl für den ersten sozialdemokratischen Regierungsrat Hans Affolter im Frühling 1933 wird die Macht typisch solothurnisch zwischen dem Freisinn und der «rot-schwarzen Allianz» geteilt. Sie kam zustande durch die klare konservative Unterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten Jacques Schmid, in dem die Freisinnigen einen «untragbaren Vertreter des Oltner Generalstreikkomitees» von 1918 sahen. Die «Allianz» spielte nun künftig vor allem in der kantonalen Personalpolitik, soweit sie dem Kantonsrat zustand.

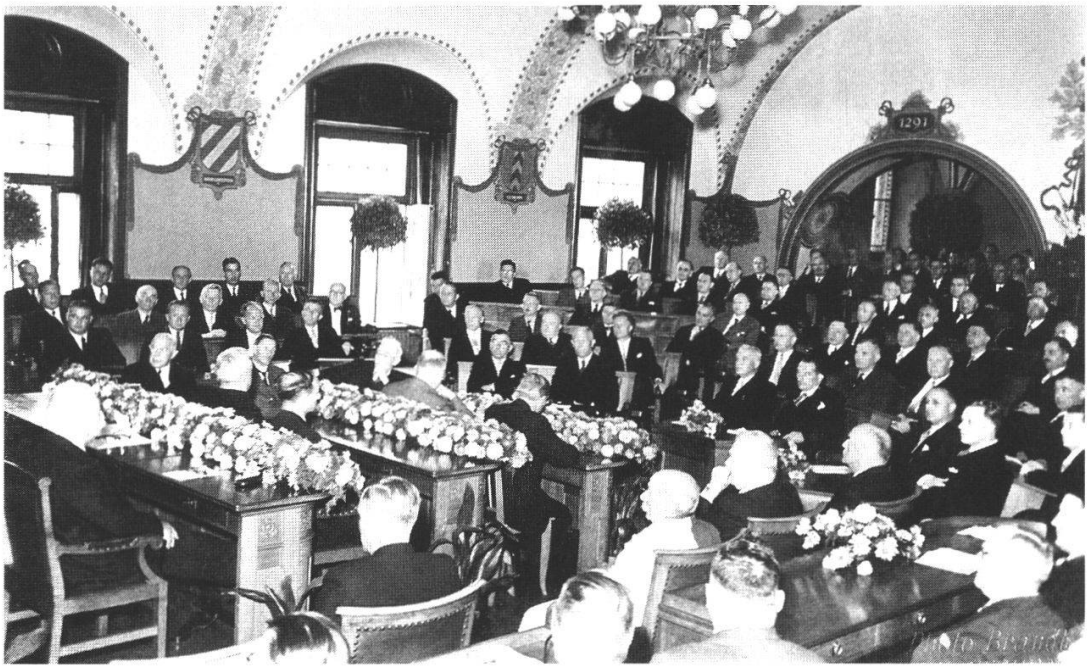

Abb. 1: Ausserordentliche Versammlung des Kantonsrats vom 12. September 1948 zur Jahrhundertfeier der Bundesverfassung.

1937 versuchten zum ersten Mal der Landesring (LdU) und die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB, die heutige SVP), im Kantonsrat Fuss zu fassen, was ihnen misslang. Der freisinnige Triumph – es war der Triumph Schöpfers – war «total» (so die Presse): 50,47 % und 77 von 146 Kantonsratsmandaten. Mit Mühe freilich konnte mit dem Fabrikanten Ywan Bally noch einmal das doppelte Ständeratsmandat gerettet werden, und 1940 forderte Landammann Otto Stampfli in einem Aufruf den «nationalen Schulterschluss» in der kantonalen Politik.

Vom «Burgfrieden» bis zum Verlust der freisinnigen Regierungsrats-Mehrheit

Den parteipolitischen Burgfrieden störte 1941 Gottlieb Duttweiler mit seinem Landesring. Er eroberte mit einer gegen die Parteien insgesamt und gegen die Wirtschaft gerichteten, ziemlich bedenkenlosen Propaganda in einer Atmosphäre des politischen Misstrauens 1941 11 Kantonsratssitze, woran die FdP allein 8 beisteuerte.

Die allgemeine politische Lage aber vermochte das «Intermezzo Duttweiler» nicht zu beeinflussen. Der Kanton war für eine wirkliche Änderung der Machtverhältnisse nicht reif. Diese trat erst mit dem bevorstehenden Kriegsende, dem «linken Morgenrot», ein. In den Märzwahlen 1945 verlor der Landesring sämtliche, der Freisinn 12 und die Konservativen 3 Mandate. Das ganze Erbe ging an die SP. Dennoch,

die Machtteilung war auch jetzt gegen den Freisinn kaum wesentlich zu ändern. 1949, während der Berlin-Blockade und der damit eintretenden Ernüchterung zur Linken, erholte sich die FdP vorerst mit 3, die Konservativen mit 2 neuen Mandaten, während die SP 1 Mandat verlor. Nun aber zeichnete sich der heftigste und folgenschwerste Wahlkampf seit 1917 ab: Der Rücktritt des freisinnigen Erziehungsdirektors Oskar Stampfli während der Amtsperiode (ein Fehlentscheid der Partei!) führte die «Opposition» zur festen rot-schwarzen Allianz zusammen. Am 16. März 1952 verlor der Freisinn zum ersten Mal und endgültig die absolute Regierungsmehrheit. Das «Sündenregister», das den Freisinnigen auf hundert Jahre zurück auf- und vorgerechnet wurde, konnte von der Partei freilich nicht stichhaltig genug widerlegt werden. Sie wusste eben «die Macht zu gebrauchen», wie man wenig schuldbewusst eingestand.

Das Ende der machtpolitischen Stabilität

Polarisierung und wechselnde Allianzen: 1953–1967

1953 versuchte der Freisinn erfolglos die Rückeroberung der Regierungsmehrheit. Als zweiter Sozialdemokrat wurde Werner Vogt im ersten Wahlgang bestätigt, Dr. Hans Erzer im zweiten gewählt. Die «Machtteilung» freilich wurde durch den Gewinn von 10 (!) Kantonsrats-Mandaten durch den Freisinn nur wenig verändert. Die SP gewann 3 Sitze, die Konservativen verloren 1 Sitz. Die Erhöhung der Kantonsratssitze brachte dem Freisinn nicht geringen Trost… Die Stimmbeteiligung von 94 % erregte landesweites Aufsehen und trug dem Kanton endgültig die Marke des «politischsten» aller Kantone ein. Bis 1969 konnten die historischen Parteien im je eigenen Interesse eine relative Stabilität bewahren, indem sich das Zusammengehen zur Erreichung von Mehrheiten je nach dem politischen Gehalt der Sachfragen aufdrängte. In der Personalpolitik indessen spielte gegebenenfalls stets die rotschwarze Allianz. So vor allem auch bei der Ersatzwahl für Finanzdirektor Gottfried Klaus 1963, bei der man mit Alfred Wyser inanachronistischer Verkennung der «Zeitenwende» noch einmal die Eroberung der Regierungsmehrheit versuchte. Gewählt wurde der Sozialdemokrat Willy Ritschard. Wyser folgte Erziehungsdirektor Urs Dietschi 1967 nach.

Das definitive Ende der Dreiparteienherrschaft 1969

In den drei Dekaden von 1969 bis 1997 trafen unsere Gesellschaft heftige Veränderungsschübe – und mit der Gesellschaft auch das politi-

sche Leben und die Parteien. Die 68er-Bewegung musste fast zwangsläufig die «mächtigsten» Parteien, in Solothurn also vor allem den Freisinn, treffen und neue Gruppierungen entgegengesetzt dem herrschenden «System» hervorbringen. Das 1971 eingeführte kantonale Frauenstimmrecht bedeutete einen fälligen Aufbruch der «Parteisoldatenmentalität». Nicht zuletzt das II. Vatikanische Konzil lockerte auch die «Kulturkampfverkrampftheit», in unserem Kanton besonders mit der Wahl von Bischof Anton Hänggi. Jetzt erst begannen sich die politischen Machtverhältnisse definitiv zu verschieben, und die Macht der Parteien über die Geister fing zu serbeln an… 1969 trat zum zweiten Mal der Landesring an und eroberte 6 Mandate, deren Verlust die historischen Parteien unter sich teilten. 1973 allerdings verlor er wieder 5 Sitze, einen eroberte dafür erstmals die neue Linke, die POCH. Der langsame Abbröckelungsprozess des Freisinns setzte sich fort (–1), der Aufschwung der CVP bestätigte, was realistische Auguren prophezeit hatten: Vom Frauenstimmrecht würde diese Partei als erste profitieren, dank ihrer Familiendisziplin, wenngleich im neuen Kantonsrat der Freisinn den grössten Frauenanteil ausweisen konnte, eine Entwicklung, die sich dann mit der Wahl von Cornelia Füeg in den Nationalrat und 1987 in den Regierungsrat bestätigte. Ihr Sieg gegen Willy Pfund wies auf den Abbau der «inneren» Macht der Partei hin: Der verdiente «Parteisoldat» hatte gegen die vitale und frei auftretende Frau keine Chance, ein harter Schlag für das Parteiestablishment… 1981 brachte noch eine Verschnaufpause für die «alten drei» (68, 44, 34), 1985 aber verloren FdP und SP je 2 Sitze an die Grünen. Das Ergebnis trug der CVP auf Kosten der SP den zweiten Regierungsratssitz ein, ein Beweis auch, dass das steifgefrorene Misstrauen der FdP gegen die CVP auftaute.

1989 war es endgültig aus mit der Herrschaft der historischen Parteien, der Kanton erhielt sein Mehrparteienparlament: FdP 53, CVP 42, SP 33, Grüne 9, Autopartei (dann Freiheitspartei) 7. Dieses Verhältnis erfuhr in den neunziger Jahren als wichtigste Änderungen die Wiedererstarkung der SP auf Kosten der CVP und den Eintritt der SVP, die mit der FP eine neue Rechte bildete.

Die Machtverhältnisse am Ende des Jahrhunderts

Das solothurnische Mehrparteiensystem ist im Grunde eine Form der Konkordanz, in der die historischen Parteien eine relative Macht als Regierungsparteien besitzen – sofern sie diese noch in den eigenen Reihen geltend zu machen verstehen. Das System lebt von wechselnden Allianzen, es mangelt ihm aber durchaus an politischer Berechenbarkeit. Ein Vorteil für die Demokratie also wohl kaum. Diese zeichnet sich gegen das Ende des Jahrhunderts unbestreitbar auch

durch Anfälligkeit für populistische Züge aus, die einer sachbezogenen Politik hinderlicher sind, als es die stabile Dreiparteienherrschaft war.

1.2 Die Grundrichtungen der kantonalen Politik

Der Kulturkampfkanton

Mit Luzern, Sankt Gallen und Aargau zählt Solothurn zu den sogenannten Kulturkampfkantonen, in denen denn auch der Christkatholizismus als konfessionelles Ergebnis des Kampfes um die Entscheidungen des I. Vatikanischen Konzils von 1870 entstand und bis heute überlebt.

Als Erbschaft des 19. Jahrhunderts bestimmten die Wesenszüge des Kulturkampfes bis Ende der 1960er Jahre «virtuell» und in Wahlzeiten «aktuell» die solothurnische Politik mit. Der Wahlkampf von 1912 gab dazu sozusagen den Grundton an, obgleich sich eigentlich mit dem Eintritt der Katholisch-Konservativen in die Regierung («Papa» Hänggi 1887) und der Einführung des Proporzes eine Art Konkordanz angebahnt hatte. 1912 indessen führte die Absetzung des römisch-katholischen Pfarrers August Ackermann von Welschenrohr, der den Liberalismus als «schwere Sünde» bekämpft hatte, zur heftigsten freisinnig-katholisch-konservativen Auseinandersetzung seit dem Bankkrach, zum harten Rückfall in die Kulturkampfpolemik und zum ersten freisinnigen Vorwurf einer «rot-schwarzen Allianz» an die Minderheitsparteien. Die SP hatte durch eine gewisse «Neutralität» das «Geschäft» der Konservativen besorgen helfen. Die Regierungsratswahlen, aber auch die andern Majorzwahlen vermochten immer wieder Kulturkampfstimmung und -rhetorik zu evozieren, namentlich dann die Regierungsratswahl von Jacques Schmid und schliesslich der letzte und «höchste» Höhepunkt dieser Art Wahlkampf, die Wahlen von 1952/53.

Der Kulturkampf-«Touch» bewirkte mit andern Faktoren seit dem Ende des Ersten Weltkriegs einen freisinnigen «Linksdrall» immer dann, wenn man die Wahl zwischen einem «roten» und einem «schwarzen» Kandidaten hatte. So verwehrte der Freisinn, nachdem er das eine Ständerats-Mandat mit Gottfried Klaus an die SP verloren hatte (1941), bis zur Wahl von Rosemarie Simmen (1987) der CVP stets den Einsitz in die Kleine Kammer («Dort sitzen schon zu viele Schwarze») durchUnterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten, wenngleich gelegentlich auch inoffiziell und erst im 2. Wahlgang. Erst 1993, mit der Wahl von Thomas Wallner in den Regierungsrat,

entschied sich auch eine FdP-Mehrheit, dem «Gebot» des faktischen Regierungsproporzes Rechnung zu tragen. Dies galt aber nicht minder für Amtei- und Gemeindewahlen. Die 68er-Bewegung und das Klima des II. Vatikanischen Konzils bewirkten die Überwindung der anachronistisch gewordenen Kulturkampfmentalität bei den meisten Freisinnigen und Konservativen.

«Demokratischer Egalitarismus»

Die teilweise gegenseitige Bedingtheit von Demokratie und Egalitarismus ist theoretisch einleuchtend und im Kanton Solothurn in gewissem Sinne durchaus Realität geworden. Der Kampf des Kantons im 19. Jahrhundert um das Recht, direkte Steuern zu erheben, konnte nur mit weitgehender Machtabtretung der freisinnigen Staatspartei an den Souverän und die Gemeinden erkauft werden. Jeder Versuch, z. B. das obligatorische durch das fakultative Referendum zu ersetzen oder die Volkswahl der Oberamtmänner und Amteibeamten abzuschaffen, scheiterte bis 1998: sowohl in den sechziger Jahren (die Argumentation des siegreichen Komitees von Mümliswil gegen das fakultative Referendum: «Ich will stimmen können, auch wenn ich nicht stimmen will.») als auch bei der Totalrevision 1986. Parallel dazu wirkten das Misstrauen gegen «zu hohe» Finanzkompetenzen von Regierungsrat und Kantonsrat, das Verordnungs-Veto des Kantonsrats und die Volksmotion. Erst die «Strapazierung» der Demokratie durch die Sparpolitik und die entsprechenden Abstimmungspakete führten 1998 zum Ja des Volkes.

So atmen denn auch Gemeindestrukturen und -gesetzgebung den Geist einer als demokratisch verstandenen Gleichheitsideologie: Allen Gemeinden gleiche Chancen und Autonomierechte von Gesetzes wegen! Ein hartnäckiger und für den Regierungsrat und namentlich den Erziehungsdirektor nicht «ungefährlicher» Kampf war nötig, um zusammen mit dem Volksschulgesetz von 1969 das staatliche Schulmonopol aufzuheben, das Verbot für die Kinder, im Kanton private Schulen zu besuchen, wobei es gegenüber der Rudolf-Steiner-Schule in Dornach und der Primarschule des Klosters Nominis Jesu in Solothurn nie durchgesetzt wurde. Die Gegner der Aufhebung kämpften kaum mehr mit der Angst vor konfessionellen Schulen, sondern mit dem Argument, es müssten nun einmal «alle durch die gleiche Schleife» (Regierungsrat Willy Ritschard). Der oft intransigente Widerstand gegen die Bildung von Schulkreisen erwächst bis heute aus dem zähen Autonomiestreben der Gemeinden.

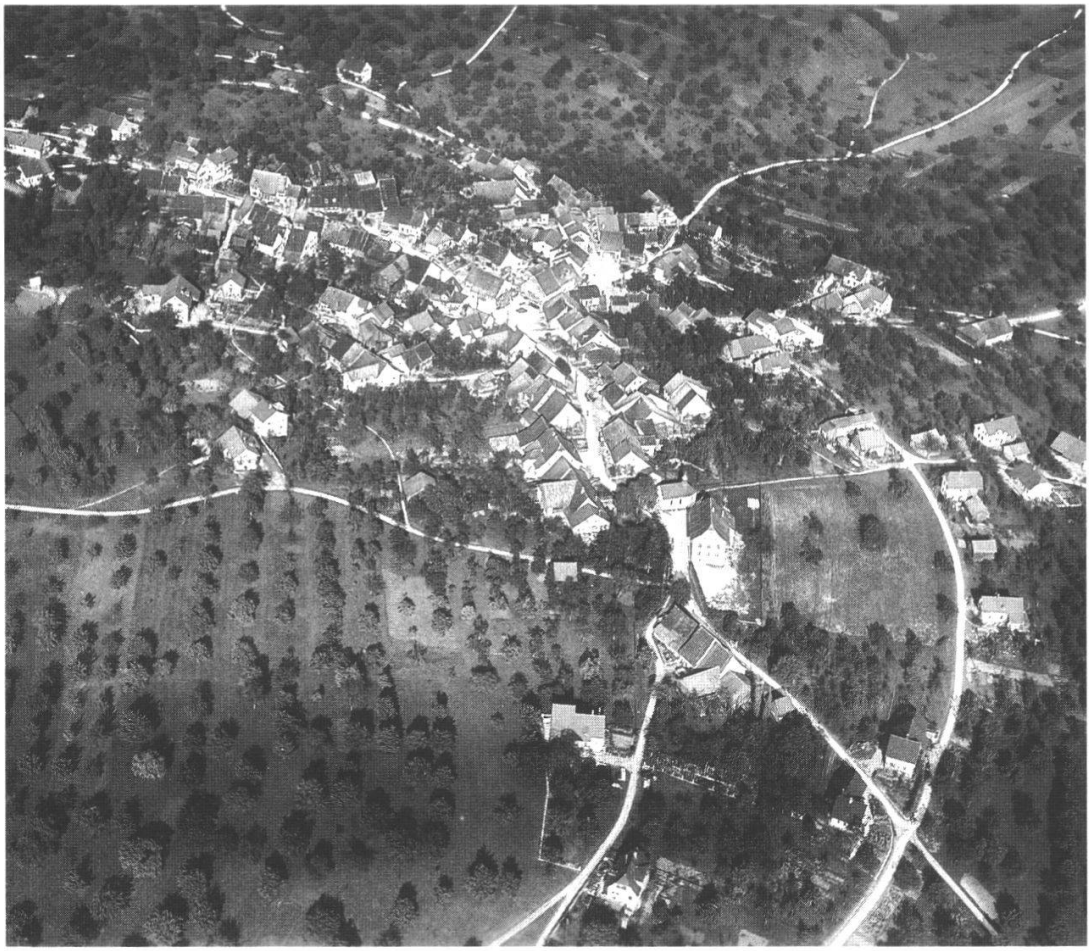

Abb. 2: Nuglar. Swissair-Flugaufnahme vom 14. Oktober 1948.

Abb. 3: Neuendorf. Undatierte Swissair-Flugaufnahme (um 1950?).

Schliesslich zeugt das explizite Bekenntnis zum «Kanton der Regionen» auch von der Angst, es könne eine Region hervorstechen, wie dies im Misstrauen gegen den «Wirtschaftspol Olten» zum Ausdruck kam; es ist letztlich dieser Hang zu einem traditionellen «Egalitarismus», zur Bewahrung des hergebrachten Gewichtsverhältnisses unter den Regionen.

Kanton – Regionen – Gemeinden

Dieses traditionelle Verständnis von «Chancengleichheit» (die aber eine ausgesprochene Chanceneinengung bedeutet) erschwert die Veränderung von Gemeindegrössen und -zusammenschlüssen sowie die Zusammenlegung von Amteiverwaltungen und wurde mit dem Gemeindegesetz von 1949 im Grunde für den Rest des Jahrhunderts zementiert. Die verschiedenen Formen der Gemeindezusammenarbeit im Schulwesen, wie sie das Volksschulgesetz von 1969 ermöglicht, sind oft nur nach herkulischen Kämpfen durchzusetzen.

Die mangelnde Bereitschaft zu Solidarität unter den Regionen hat neben Mentalitätsunterschieden zwischen Burgundern, Alemannen und Raurachern als Grund ebenfalls die Angst, die eigene Region verlöre an innerkantonalem Gewicht in Politik, Wirtschaft und Kultur. So wirkt auch der Verband der Einwohnergemeinden oft als Bremse für Veränderungen der politisch-institutionellen Strukturen des Kantons.

Konservativer Grundzug

Es versteht sich, dass diese Verhältnisse einen konservativen Grundzug der solothurnischen Politik in diesem Jahrhundert überhaupt begründen. So «revolutionär» sich der Kanton, will sagen seine führende Macht, der Freisinn, im 19. Jahrhundert auch gebärden mochte, das Bestreben, an demokratischen und gemeindeautonomistischen Rechten Erreichtes und nun Gewohntes hartnäckigst zu verteidigen, wirkte jeder wesentlichen Veränderung entgegen, und zwar in allen Parteien. So hemmend dies einerseits für die Politik oft ist, so positiv ist es für den (noch) Zusammenhalt des zerstückelten Kantons, den heute letztlich auch die Schwarzbuben (noch) nicht verlassen wollen – und das gewiss auch aus «Gewohntsein» in diesem politisch-gesellschaftlichen Klima. Dies wurde z.B. in den denkwürdigen Manifestationen des «Solothurnischen» in den Auftritten des Kantons an den Landesausstellungen von 1939 und 1964, vor allem aber auch beim Kantonsjubiläum von 1981 und der überdurchschnittlichen Teilnahme an den Aktivitäten des Bundesjubiläums 1991 deutlich. Der konservative

Grundzug – dies ist seine negativste Folge in diesem Jahrhundert – war die Verweigerung des kantonalen Frauenstimm- und -wahlrechts bis vier Monate nach dem eidgenössischen Ja vom 6. Juni 1971. Das kommunale Frauenstimmrecht wurde im Kanton erst 1980 vollumfänglich verwirklicht.

Soziale Aufgeschlossenheit

Es mag mit eine Auswirkung der «demokratisch-egalitaristischen» Mentalität sein, dass grosse Unterschiede zwischen Arm und Reich den Solothurnern besonders schwer erträglich erscheinen. Dr. Ernst Dübi als Chef der Von Roll ist mit dem Gewerkschafter Konrad Ilg der Begründer des Friedensabkommens in der Metallindustrie in der Krise der dreissiger Jahre, und die Art und Weise, wie man, besonders im unteren Kantonsteil und seiner Schuhindustrie, die sozialen Konflikte vor dem Ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit «überstand», die Zurückhaltung der bürgerlichen Kräfte (Stadtammann und Ständerat Hugo Dietschi in Olten) im Generalstreik und die kantonale Sozialgesetzgebung waren stets auf die Verhinderung von «Brüchen» in der Gesellschaft ausgerichtet. Besonders typisch für die soziale Grundgesinnung über alle Kampffronten hinweg sind die «linken Flügel» der bürgerlichen Parteien und deren besondere Schöpfungen und Aktivitäten, so die «Freisinnige Alters- und Sterbekasse», heute «Freisinnige Sozialbewegung» und der «Freie Arbeiterverband». Die Gründer im Jahre 1910 waren die Oltner Dr. Adolf Christen, Arzt, und der Jurist Dr. Adrian von Arx, der spätere Nationalrat und linke Gegenspieler von Robert Schöpfer in der FdP. Auf dieser Linie politisierte bis in die sechziger Jahre auch die Jungliberale Bewegung, als deren Gründer Urs Dietschi gelten darf. Auf der konservativen Seite kämpften seit dem ersten Drittel des Jahrhunderts die Christlichsozialen mit den Brüdern Walliser (Otto als Kantonsrat und streitbarer Redaktor des «Morgen» und Josef als Kantonsrat und führender Exponent der Christlichsozialen Bewegung) und die «Katholischen Arbeitervereine» für die «Rechte der Arbeiter». Die solothurnische SP aber bot stets ein sicheres Bollwerk gegen den Kommunismus, und massgebende Repräsentanten wie Willy Ritschard vertraten nicht selten mit Entschiedenheit eine Politik der «Mitte».

Bemühen um politische Mitte und Toleranz

So hart die politischen Auseinandersetzungen bis in die Mitte der sechziger Jahre geführt wurden, so regte sich doch nach «geschlagener Schlacht» (so tönte es jeweils!) bald einmal das Bedürfnis, wieder zu-

sammenzufinden. In der «Wirthen» zu Solothurn, weiland «schwarze Hochburg», krochen in der Saison die Schnecken jeweilen auf dem Plakätchen an der Türe unter der Schrift «Wir sind wieder da!» Richtung Wirtshauseingang. Zu Beginn der Saison nach den homerischen «Wahlschlachten» von 1952/53 trugen sie zwischen den Fühlern das freisinnige Tannreis.

Solothurnischer Wengigeist-Tradition entsprang nicht zuletzt der Waldegg-Gedanke von 1964, aber auch die vermittelnden Aktivitäten in den bernisch-jurassischen Wirren der siebziger Jahre. Die Solothurner Regierung lud wie die neuenburgische den Vorstand der jurassischen Konstituante unter freundeidgenössischer Kenntnisgabe an Bern schon in den ersten Jahren ihres Bestehens zu «besinnlichem» Treffen ins Rathaus ein. Anderseits gewährte sie, unter Kenntnisgabe an die jurassische Bewegung, bernischer Polizei Kantonnement in Balsthal, wenn in Delsberg oder Moutier Krawalle drohten.

Eine offensichtliche Aversion gegen politische Extreme bewahrte den Kanton denn auch in der dreissiger Jahren vor einer «braunen Welle». Nazis gab es zwar, aber keine Sektionen der Nationalen oder einer andern Front, und gewisse «Vorbereitungen», dass man gegebenenfalls auf der «richtigen» Seite stand (nachzulesen im «Stiefelchen» von Herbert Meier), waren den Behörden bekannt, und wenige braun angehauchte «Prominente» fanden keinen Anhang, es seien denn – etwa in Olten – einige stadtbekannte, engstirnige Gewerbetreibende, denen man jahrzehntelang Verachtung bezeugte. Schwieriger wurde die Bewahrung politischer Toleranz seit 1968. Es begann die eigentliche Polarisierung zwischen links und rechts dank den dort positionierten, neuen Parteien und sie ist mitverantwortlich für die Krise des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Reformschübe und Planungsskepsis

Die Neigung zum Ausgleich zwischen Regionen, Volksschichten und «Bekenntnissen», von Olten aus etwa auch als solothurnische «Betulichkeit» apostrophiert, verhinderte aber auch einige Reformschübe nicht, wenn eine allgemeine Grundstimmung, schweizerische oder gar europäische, sie als (endlich!) zeitgemäss erscheinen liess und geschickte Politik «vor der Tat» genügend Übereinstimmung unter den Parteien bewirken konnte. So wurde es in der Zeit des pädagogischen Aufbruchs zwischen 1968 und 1975 möglich, fast das ganze Schulwesen der Zeit gemäss zu renovieren und in den achtziger Jahren gar eine neue, im ganzen ebenso zeitgemässe Kantonsverfassung zu schaffen. Planungseuphorien indessen wecken im Kanton vorwiegend Misstrauen. Auch die «Leitbilder» finden in der Praxis meist mehr

Skeptiker als stramme Befürworter. Resultate reifen entsprechend langsam, wie denn der Oltner Stadtammann Hans Derendinger erfahrungsreich dichtete: «Die Tannen rühmen das ewige Grün und die Schnecken die Politik der kleinen Schritte.»

2. Industriekanton und kantonale Politik

2.1 Die Beziehungen von Politik und Wirtschaft in der Zeit der Vollindustrialisierung

Eine besonders enge Verflechtung von Politik und Wirtschaft ist ein Charakteristikum des Kantons Solothurn. Die Hauptursache liegt in der Identität von freisinnigen Parteiführern und Unternehmensgründern und -führern seit dem relativ späten Beginn der Industrialisierung im 19. Jahrhundert Nach Gründung der Von Roll (Gerlafingen), von Bally (Schönenwerd), Uhrenindustrie (Grenchen), Zementindustrie (Luterbach), Kammgarnspinnerei (Derendingen), Eisenbahnwerkstätte und Metallindustrie (Olten), Isola (Breitenbach) und Metallwerke Dornach war bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Vollindustrialisierung des Kantons erreicht, und noch in den siebziger Jahren galt er als der am stärksten industrialisierte aller Kantone.

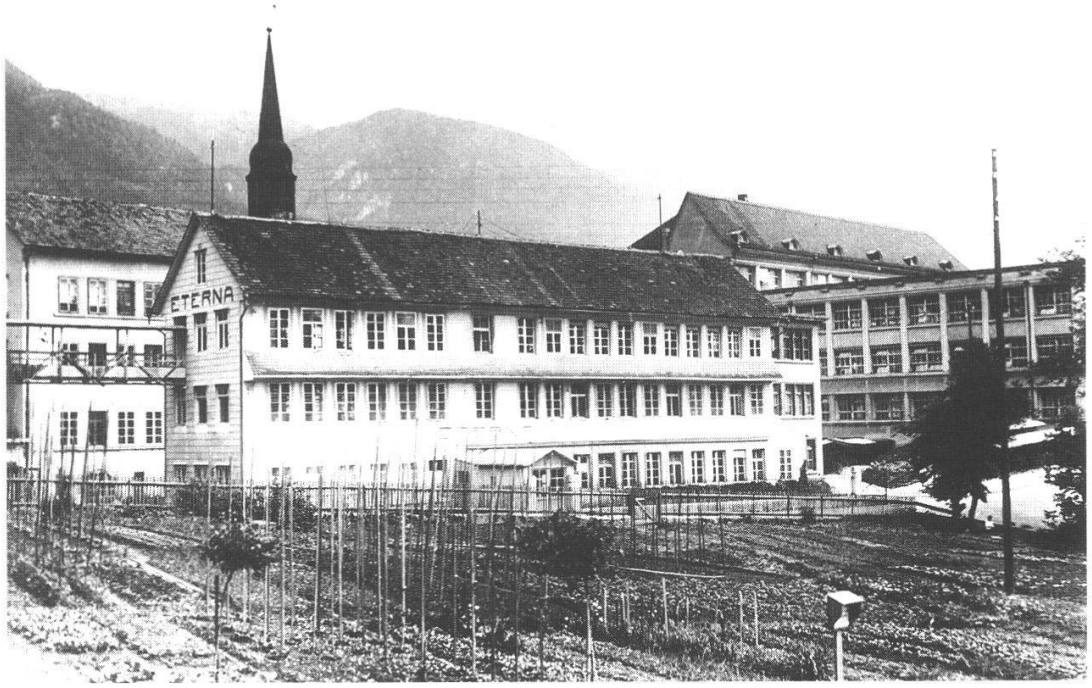

Abb. 4: Das 1856 errichtete erste Gebäude der Uhrenfabrik «ETERNA» in Grenchen, aufgenommen etwa 1920.

Wirtschaftsführer wie Arthur Bally, Walter Stampfli, Oliv Jeker, Parlamentarier in Bund und Kanton, später Direktoren wie Oskar Trüb (Bally), Josef Hofstetter (Von Roll), Karl Obrecht (Uhrenindustrie), Pius Stebler (Metallindustrie) vertraten in Parteien und Räten auf Gemeinde-, Regions- und Kantonsebene eine Wirtschaftspolitik, die durchaus den politischen Grundrichtungen des Kantons, also einer Politik des Ausgleichs zwischen den sozialen Schichten, entsprach.

Das galt in allen entscheidenden Phasen auch für die Vertreter der Arbeitnehmer in Gewerkschaften und Verbänden. Ihre Funktion sahen sie, sowohl diejenigen zur Linken wie beim Freisinn und den Christlichsozialen als auch die Vertreter der Wirtschaft, in der Schaffung optimaler Arbeitsbedingungen für Arbeiter und Angestellte durch konstruktive Verhandlungen mit dem Partner und nicht selten das Gespräch im Rathaus. Die gleiche politische Grundrichtung vertraten auch Gewerbe- und Bauernführer. Nicht «Filz» war diese Kooperation zu nennen, weil sie nicht nur, ja in entscheidenden Momenten keineswegs einseitig, Gruppen- oder gar «Cliquen»-Interessen galt, sondern durchaus dem Gemeinwohl.

Von der Streikpolitik zum Arbeitsfrieden

Allerdings verhinderte diese Grundrichtung der solothurnischen Wirtschaftsgesinnung zu Beginn des Jahrhunderts auch Arbeitskonflikte nicht. Namentlich das Niederamt und seine Schuhindustrie waren sozusagen bestimmt, die Streit-, ja auch die Streikkultur in der solothurnischen Industrie zu erproben. Aber auch die andern Hauptregionen der wachsenden Unternehmen erlebten zum Teil harte Auseinandersetzungen zwischen den jungen Gewerkschaften und den Arbeitgebern, Lohnkonflikte und kleinere Streiks.

Der Kriegsausbruch von 1914 liess freilich die sozialen Fragen einstweilen in den Hintergrund treten. Um so drängender bestimmten sie, je länger die Grenzbesetzung dauerte, die aktuelle Politik. Lohnersatzordnungen kannte man nicht, und Massnahmen zur Sicherstellung der Landesversorgung waren vor dem Krieg keine getroffen worden. Dass etlichen Solothurnern in der nun aufzubauenden Kriegswirtschaft auch auf Bundesebene massgebende Funktionen übertragen wurden, etwa dem Oltner Ständerat und Kantonalbankpräsident Casimir von Arx als «eidgenössischem Kriegskommissär», hing wohl auch mit der bekannten vermittelnden Haltung der solothurnischen Wirtschaftsführer zusammen.

Insbesondere Robert Schöpfer zeichnete sich in der Kriegs- und Nachkriegszeit als mutiger Mahner zur Wahrung des Arbeitsfriedens

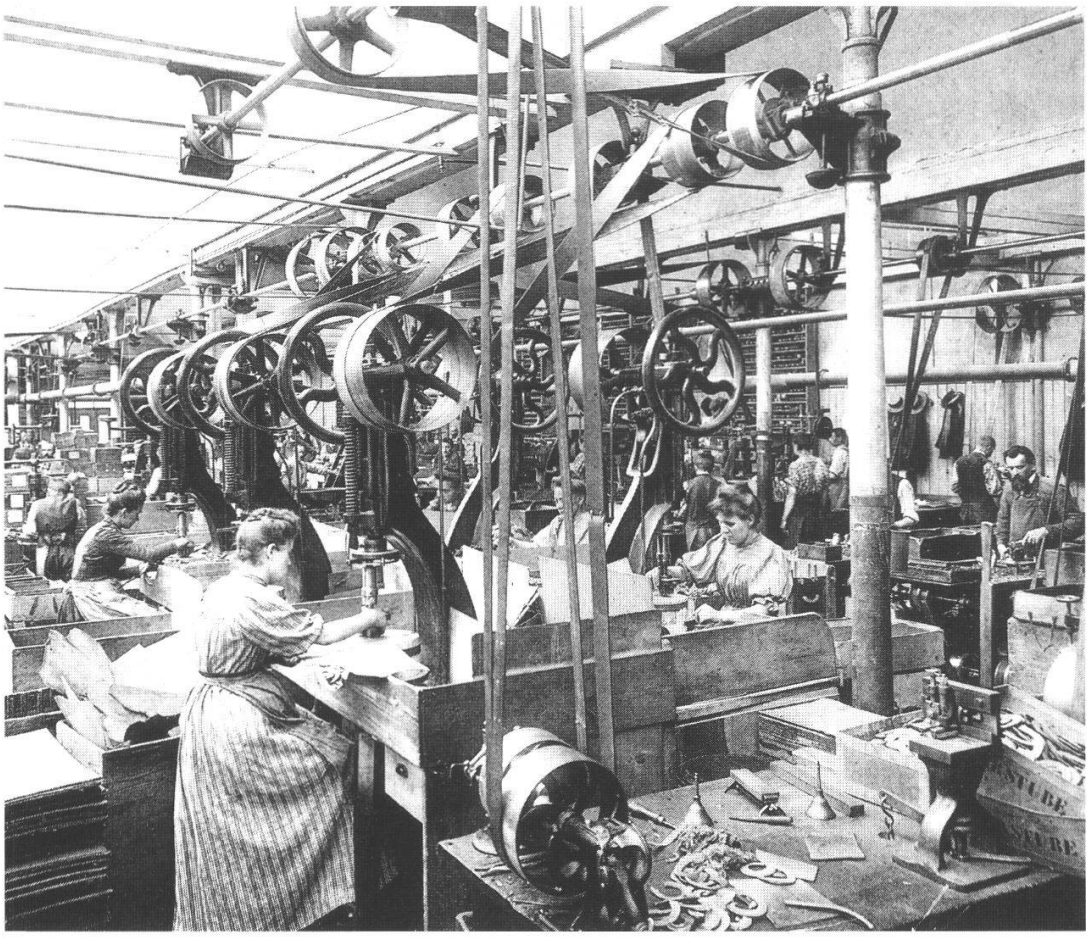

Abb. 5: Inneres der Bally-Schuhfabrik in Schönenwerd, aufgenommen etwa 1901.

aus. 1914 forderte er von der Uhrenindustrie, sie dürfe – was sie aus Angst vor den Gewerkschaften vermutlich tat – die nicht organisierten Arbeiter «nicht schlechter stellen als die organisierten». 1918 motionierte er im Ständerat für eine Grippezulage für Wehrmänner und Bundesbeamte, nachdem er schon vorher in der FdP-Fraktion Gottfried Keller zitiert hatte: «Das Herz der Welt schlägt links» (!) und immer gegen «industrielles Junkertum» aufgetreten war.

Seit 1916 verzeichnete man Gratisnahrungsmittelabgaben in der Industrie, und vor allem Bally, nicht selten die Familienmitglieder selber, gewährten der Gemeinde Kredite zur Nahrungsmittelbeschaffung.

Der Generalstreik von 1918, durch das «Oltner Komitee», dem übrigens kein einziger Oltner angehörte, «angeordnet», traf auch den Kanton. Während aber in Schönenwerd und Olten eigentliche Unruhen dank besonnener und vermittelnder Haltung der Behörden und, zumeist, der Zurückhaltung der massgebenden Verantwortlichen auf beiden Fronten verhindert wurden, erlebte vor allem Grenchen böse Tage mit Krawallen und folgenschwerem Armee-Einsatz.

Eine der wirtschaftspolitisch entscheidenden Folgen des Streiks war die politische Neuorientierung der SP durch ihre klare Absage an den Kommunismus. Ein pikantes solothurnisches Detail dazu: In Derendingen wurde der zwar wenig auffällige, aber als Kommunist bekannte Dirigent des sozialdemokratischen Männerchors aus der Partei ausgeschlossen.

Die «goldenen Zwanziger» förderten den Willen zum Arbeitsfrieden, bis die Weltwirtschaftskrise der dreissiger Jahre das Verhältnis zwischen den Sozialpartnern und zwischen Wirtschaft und Politik aufs neue belastete. In weiser Voraussicht forderten der freisinnige Walter Stampfli und der Sozialdemokrat Jacques Schmid für den Kanton eine allgemeine Altersfürsorge und eine Besoldungsreform für Staatspersonal und Lehrerschaft. Das Volk aber «lebte noch wohl» und sagte Nein.

Für die Festigung der solothurnischen Ausgleichspolitik entscheidend war der Abschluss des Friedensabkommens in der schweizerischen Metallindustrie durch den schweizerischen Gewerkschaftschef Konrad Ilg und, wie früher erwähnt, Von-Roll-Direktor Ernst Dübi 1937. Damit war auch eine tragende Voraussetzung für die Erhaltung des Arbeitsfriedens in der folgenden Kriegszeit geschaffen. Die andere erkämpfte Bundesrat Hermann Obrecht mit der Vorbereitung der Kriegswirtschaft auf eidgenössischer Ebene.

Es waren aber einstweilen im gleichen Geist auch die wachsenden Probleme der Arbeitslosigkeit zu meistern. Die Regierung konnte Notstandsmassnahmen stets im Einvernehmen mit allen Parteien treffen, und auch das Volk, will sagen die Arbeitslosen, von denen der Kanton im Maximum gegen 4000 – neben beinahe 100 000 Teilarbeitslosen – zählte, zogen mit. Hunderte arbeiteten an der «neuen» Passwangstrasse, der Dünnernkorrektion oder einem etwas dilettantischen Restaurationsversuch der Ruine Frohburg.

Eine fast goldene Zeit – Hochkonjunktur – Ausbau der Infrastruktur: 1945–1975

In den fünfziger Jahren trug das Land die Lasten der Kriegsjahre ab. Die Kriegswirtschaft verschwand mehr und mehr, und was von ihr für zukunftsträchtig gehalten wurde, fand Eingang in neue Gesetze. Das Gleiche galt für Kantone und Gemeinden. Hier wurde man sich allmählich des Nachholbedarfs in der ganzen Breite der Infrastruktur bewusst. Der «Ausbruch des Wohlstands» zu Beginn der sechziger Jahre brachte der öffentlichen Hand Einnahmenüberschüsse, und die Inflation erlaubte ihr ein Leben auf Kredit. (Willy Ritschard Ende der sechziger Jahre: «Etwa 4–5 % Inflation ermöglichen uns willkommene

Budgetsteigerungen.») Der Kanton «erneuerte» sich: Spitalvorlagen I–IV, Mittelschulvorlagen I und III, alle verbunden mit Kreditbegehren in nie gekannter Höhe, wurden gutgeheissen und brachten neue oder erweiterte Spitäler hervor in Olten, Solothurn, Breitenbach und Dornach sowie Kantonsschulbauten in Olten und Solothurn.

Geld haben erzeugt Optimismus. Man gewährte dem Staat die Gründung der Berufs-Mittelschule (BMS), der Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschule (HWV) und die Einführung des Klinischen Unterrichts an den Spitälern und freute sich über die Eröffnung der Autobahnen, die und deren Kosten man in den fünfziger Jahren noch gescheut hatte. Dutzende (!) von Schulhäusern entstanden in allen Regionen, auch dort, wo man ihren Bau sich schon vor Jahrzehnten vorgenommen hatte. In Messen z. B. konnte ein neues Schulhaus nach dreissigjähriger «Inkubationszeit» eingeweiht werden. Es erscheint als ein besonders typisches Zeichen der optimistischen Zeit, dass das Volk in einem Punkt sogar sein angeborenes Misstrauen gegen Kompetenzabtretungen an Exekutive und Legislative überwand: 1961 übertrug es dem Kantonsrat die Regelung der Besoldungen des Staatspersonals.

Die solothurnische Wirtschaft blühte wie nie, und als eine der gewichtigsten Folgen bescherte uns diese goldene Zeit in den späten sechziger Jahren den «Babyboom» und den mächtigen Einmarsch der vorerst italienischen Gastarbeiter. Verwaltung und Schulen hatten damit Personalbedarf, den einzudämmen der «Pillenknick» von 1972 erst für eine ferne Zukunft verheissen konnte. Der Boom der Wirtschaft hatte aber für einmal auch den Planungsskeptizismus besiegt: 1972 durfte das Amt für Raumplanung geschaffen werden. Doch schon gegen Mitte der siebziger Jahre gab es Anzeichen für eine Zeitenwende. Die Ausgaben der öffentlichen Hand begannen die Einnahmen zu übersteigen, und auch die Abschlüsse der Industrie-«Königreiche» meldeten gelegentlich rote Zahlen.

2.2 Wirtschaft und Politik im letzten Jahrhundertviertel

Die Politik der «Konkordanz» meistert die wirtschaftlichen Wechselfälle 1975–1985

Ein Wechsel von wirtschaftlicher Hochkonjunktur zu einer Baisse erschien den jüngern Generationen unvorstellbar. Um so unverständlicher war ihnen der abrupte Wirtschaftseinbruch Mitte der siebziger Jahre – und dies im besondern der Junglehrerschaft im Frühling 1975. Ein Semester zuvor hatten wie üblich im vergangenen «goldenen»

Jahrzehnt rund siebzig Lehrkräfte den Schuldienst quittiert. Die Gründe waren wie stets stipendiengesichertes Weiterstudium im In- oder Ausland, Übertritt in die Privatwirtschaft, Heirat, vor allem der Junglehrerinnen nach durchschnittlich knapp drei Amtsjahren. Im Frühling darauf fand man plötzlich für ebenfalls rund siebzig Neupatentierte keine offene Stelle. Die neugegründete «Gewerkschaft Erziehung» (GE) beschuldigte das Erziehungsdepartement monumentaler Fehlplanung. Der Wandel erklärte sich freilich anders. In manchen Unternehmen «arbeitete» man seit den Wintermonaten «kurz», Unsicherheit kam auf, weshalb man einstweilen auf ein Weiterstudium verzichtete und als glücklicher Besitzer einer Lehrerstelle auf dieser sitzenblieb und den «Frischlingen» den Eintritt ins Lehramt verschloss. Zur Heirat blieb im übrigen ja nun auch noch Zeit, und das Konkubinat war nicht mehr suspekt und erst noch steuergünstiger als der Ehestand.

Es kündigten sich zum ersten Mal seit Jahrzehnten Testfälle für die Tragkraft der politischen Konkordanz in wirtschaftlich schwieriger Zeit an: War es z. B. politisch «gefährlich», die Junglehrer ruhig ein wenig auf Stellvertretungen harren oder Büroarbeiten im Rathaus verrichten zu lassen? Begehren – selbst aus Kreisen des Lehrerbundes – nach sofortiger «Suspendierung» der verheirateten, «wohlbestallten» Lehrerinnen, auf die man während vielen Jahren des Lehrermangels angewiesen war, wurden laut, um Junglehrerinnen und Junglehrern Unterschlupf zu gewähren. Die Politik widerstand dem Rückgriff auf diese archaische Methode der dreissiger Jahre, die man damals gar gesetzlich verankert hatte. Keine Partei hielt das Los der flügge gewordenen Lehrerscharen einstweilen für untragbar. Die Sorgen der Industrie und ihrer Arbeiterschaft wuchsen zu rasch. Schon 1972 war die «Lanco» in Langendorf geschlossen worden, 1976 verloren die ersten 160 Grenchner Uhrenarbeiter ihre Stelle, die Crashs bei Von Roll und Bally erschütterten das solothurnische Wirtschaftsgefüge. Nach 1980 war die Krise auch in andern Unternehmen mit Kurzarbeit nicht mehr aufzufangen. 1982 brachte Produktionsunterbrüche und mehrere hundert Kündigungen in der Uhrenindustrie, die Schliessung der NovaBrac AG in Breitenbach, 1983 diejenige der USEGO in Olten. Einmütig stellten sich in dieser Lage alle Parteien hinter den sofortigen Ausbau der Arbeitslosenversicherung zum – ja doch – grosszügigen sozialpolitischen Instrument unserer Zeit. Glücklicherweise war auch der Nachholbedarf im öffentlichen Bauwesen noch nicht voll gedeckt: Allerheiligenberg-Neubau, neues Berufsbildungs-Zentrum in Olten, Wallierhof in Riedholz und weitere Bauten schufen noch Arbeit, und 1986 stimmte das Volk dem Wirtschaftsförderungsgesetz zu, das seine Wirksamkeit freilich erst in Jahren neu boomender Wirtschaft spürbar entfalten sollte.

Eine besonders harte Probe schien allerdings der Bau des Kernkraftwerks Gösgen der politischen Konkordanz vorbehalten zu haben. Die Regierung indessen konnte, unterstützt durch die aktive Regionalplanungsgruppe Olten-Gösgen-Gäu (Präsident Leo Schürmann), der Zerreissprobe, die ihr die Bewegung «Pro Niederamt» und eine Abberufungsinitiative bereiteten, standhalten, und auch der Kantonsrat zeigte keine Lust, der beträchtlichen Anti-AKW-Bewegung im Kanton zu Gefallen zu sein. Und als nach der Einweihung des Werkes 1981 die Steuergelder in die Kassen der Perimetergemeinden zu fliessen begannen, erschien die Riesenvase im Niederamt noch halb so gefährlich.

Jahre des Wirtschaftswandels und des armen Staates

Die kurze Wirtschaftsblüte der achtziger Jahre ging recht brutal in die schwerste Krise seit den dreissiger Jahren über. Stellenabbau, Teil- und Totalschliessungen, eigentliche Untergänge von grossen und mittleren Unternehmen prägten die letzten achtziger und ersten neunziger Jahre. 1993 zählte der Kanton 1694, 1994 aber 5892 Arbeitslose. Der Kanton hielt weiterhin eine fortschrittliche Sozialpolitik aufrecht, Alters- und Jugendheime blieben ständige Aufgaben für bauliche und betriebliche Erneuerungen, und die verschiedenen Auffangmassnahmen für die Arbeitslosen funktionierten im allgemeinen gut.

Machtlos aber blieb der Staat gegenüber dem rapiden Wandel der Wirtschaftsstrukturen. Kleine und mittlere Banken fusionierten mit unterschiedlichen Folgen. Der Untergang der Ersparniskasse Olten (EKO) 1993 war ein wirtschaftlicher und politisch-psychologischer «Tiefschlag» für Olten und derjenige der Bank in Kriegstetten (BiK) leitete den Untergang der Solothurner Kantonalbank (SKB) ein, dessen Folgen für den Kanton finanziell und politisch verheerend wurden. Dass sich unter diesen Umständen die Kasse des Kantons leerte, versteht sich. Der Kanton wurde zu rigoroser Sparsamkeit gezwungen, die im Volk zum Teil durchaus schizophrene Reaktionen auslöste: Sparen ja, aber bei den andern! Was bisher kaum zur solothurnischen Politik gehörte, wurde sozusagen salonfähig: Demonstrationen von «Regionesen» und Lehrern gegen unerlässliche Sparmassnahmen des Staates. Die relative Konkordanz der Parteien wurde brüchig, vor allem dank dem populistischen Opportunismus von SVP und FP. Die Sparpakete von Regierung und Kantonsrat waren schwer durchzubringen. Die Regierung zog aus den neuen wirtschaftlichen Bedingungen die ihr möglichen Konsequenzen, indem sie z. B. die Zusammenarbeit mit der geopolitischen Umgebung verstärkte, in der Nordwestschweizerischen Regierungskonferenz, mit dem Espace Mittelland und über die Landesgrenzen zusammen mit Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura.

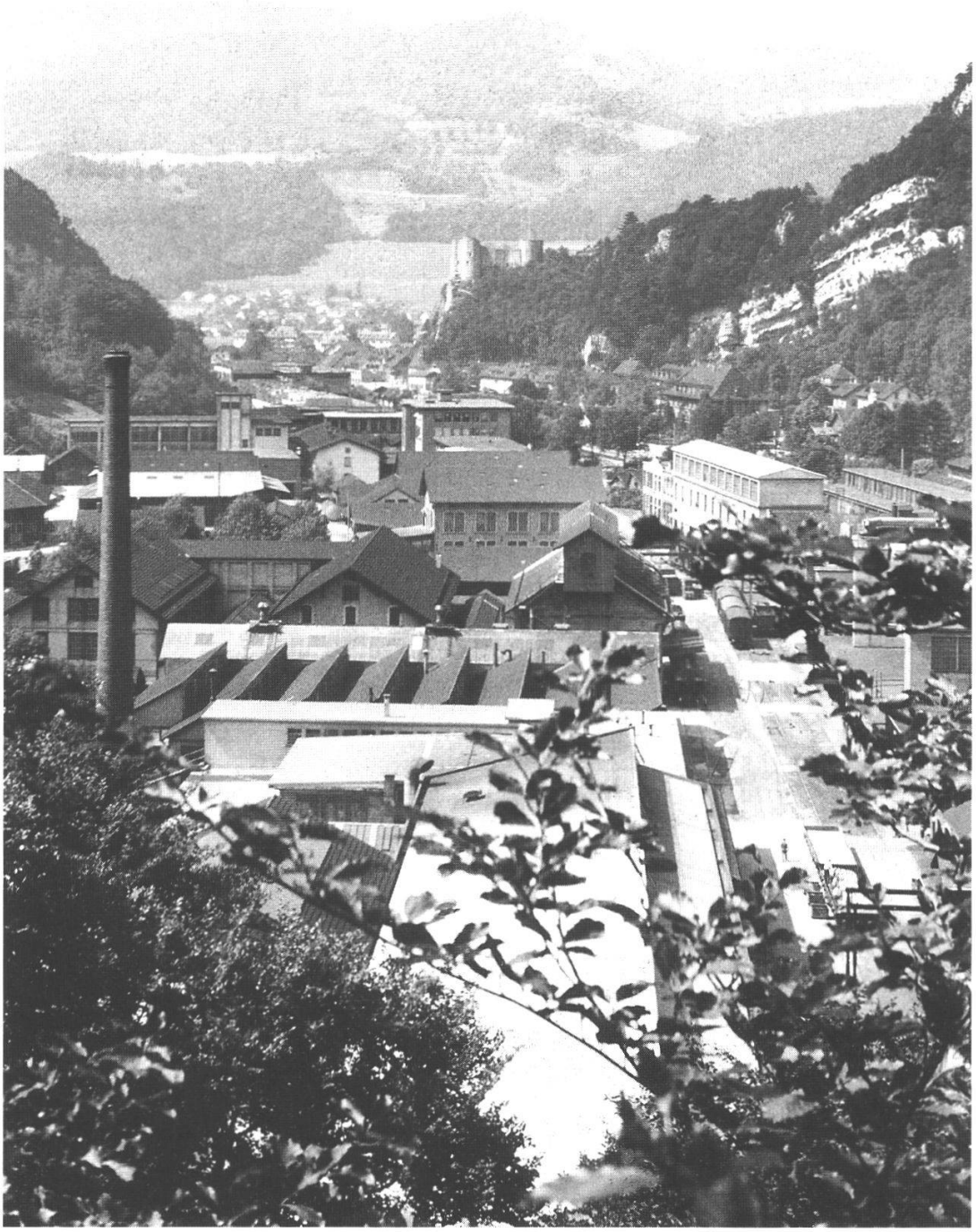

Abb. 6: Das Eisenwerk Von Roll in der Klus von Balsthal, aufgenommen von Denkmalpfleger G. Lörtscher im Juli 1969.

Ende der sechziger Jahre beauftragte die Regierung einen jungen, graduierten Nationalökonomen mit einer Studie über Stärken und Schwächen der solothurnischen Wirtschaft. Die Erkenntnisse der Studie waren eindeutig und für unvoreingenommene Leser beunruhigend. Zwar zeichneten sich die grossen Unternehmen damals durch eine hohe Prosperität aus; die Produktequalität sei hoch und der Ertrag durchwegs gesichert, das heisst solange auch die Weltwirtschaft floriere. Aber die starke Abhängigkeit aller solothurnischen Grossunternehmen von der Weltwirtschaft gebe zu Bedenken Anlass. Bally habe zwar hervorragende Schuhmacher, seit Generationen in der Region erzogen, daheim im «Familienunternehmen», aber auch extreme Modeabhängigkeit und damit ebensolche Konjunkturabhängigkeit.

Eine ähnliche Problematik wurde für das Traditionsunternehmen Von Roll aufgezeigt. Seit über 150 Jahren wurden hervorragende Giesser in der Region erzogen, das Unternehmen von wenigen «Hiesigen» (Walter Stampfli, Ernst Dübi u. a.) erfolgreich geführt. Die prekäre Standortgunst (ausser Schrott kein genügendes Rohmaterial) und eine künftige Massenproduktion an Stahl im Ausland wurden aber als ungute Bedingungen eingestuft. Auch die legendäre Uhrmacherkunst konnte sich in der Zukunft wie schon in der Vergangenheit als kaum genügende Konjunktursicherung erweisen. Zunehmende Auslandabhängigkeit müsste auch die Isola-Werke in Breitenbach gefährden. Zusammen mit der Papier- und Zementindustrie stellten

Abb. 7: Der Regierungsrat beim Besuch der Isola-Werke in Breitenbach am 20. Juni 1967. (Foto Imber, Laufen)

diese wenigen Grossen die entscheidende Ressource des Volkswohlstandes dar und im Fall schwerer wirtschaftlicher Baissen – so die wichtigste Schlussfolgerung der erwähnten Untersuchung – auch dessen grosse Bedrohung.

Als Konsequenz ergab sich für die Regierung eine sanfte staatliche Beeinflussung der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung mit dem Ziel der Diversifizierung, der grösseren Unabhängigkeit von den wenigen Grossen. Es bedurfte indessen zweier Versuche, bis in der Not endlich «staatliche Wirtschaftsförderung» für die Mehrheit kein Schimpfwort mehr war. Die enge Verflechtung der Grossindustrie mit der Politik bedeutete bis zur Einsicht in die eigene Gefährdung der «Königreiche» eine schwere Hürde für die Änderung des Verhältnisses zwischen Staat und Wirtschaft.

Die Krisen der siebziger und achtziger Jahre mussten fast zwangsläufig zu eigentlichen Zusammenbrüchen der «Königreiche», namentlich Bally, Von Roll, Uhren- und Papierindustrie sowie Isola u.a.m., führen. Scharlatane wie Werner K. Rey und «Auswechselmanager», die man anderswo entlassen hatte, konnten sich in unterschiedlichem Masse der Führung der Unternehmen, ja zeitweise dieser selber bemächtigen. Die Wandlungen der Weltwirtschaft seit den siebziger Jahren wurden so für die solothurnische Wirtschaft und Politik zur besonders schweren Herausforderung.

Nicht zu verkennen ist indessen, dass die Krisenschläge die Regionen unterschiedlich hart trafen. Obwohl Bally z.B. als Arbeitgeber am Ende des Jahrhunderts nicht mehr ins Gewicht fällt, wurden seine «Stammdörfer» in keiner Weise je «Notstandsgebiete». Der nötige Wandel wurde dort aus eigener Kraft bewältigt. Die Region Olten, nie unter der Herrschaft der «Königreiche», überstand die böse Zeit weit besser als der obere Kantonsteil. Es ist nicht verboten, in diesen Unterschieden auch eine Folge unterschiedlicher Mentalitäten zu sehen: hie alemannische «Gwirbigkeit», dort ein wenig burgundische Betulichkeit und ein offensichtlicher Hang zu «filziger» Verflechtung.

3. Kultur und Kulturpolitik im Kanton Solothurn

3.1 Solothurnische Volkskultur

Unter Volkskultur sollen hier kulturelle Aktivitäten erwähnt werden, die ohne Mithilfe und Einfluss der öffentlichen Hand in Dorf und Stadt überlebt oder sich in unserem Jahrhundert neu entwickelt haben. Ein reiches überkommenes Brauchtum pflegt namentlich die Hauptstadt, ihrer historischen Bedeutung bewusst und ihres Rufs als

Gemeinschaft, in der es «immer eso gsi isch». Die Fastnacht erweist sich im Kanton als besonders überlebensträchtig, entstehen doch «Zünfte» und neue Bräuche, mögen sie zum Teil auch reichlich aufgepfropft erscheinen, in allen Regionen. Sie beleben zum mindesten das Gemeinschaftsbewusstsein, das in unserer Zeit der Individualisierung allen Lebens der Pflege durchaus bedarf. Die «klassischen» Vereine der Schützen, Turner, Sänger und Musikanten, die als «Gründungssippen» des Bundesstaates gelten dürfen, bekunden indessen eben der individualistischen Haltung der jüngeren Generationen wegen oft Mühe, ihren Zielen überzeugend zu dienen.

Als wohl typisches Erzeugnis solothurnischer Volkskultur erscheinen noch immer einige Kalender, historisch-kulturelle Jahrbücher, an deren Gestaltung zusammen mit den eigentlichen «Kalendermachern» zahlreiche kulturell aktive Mitbürgerinnen und Mitbürger mitarbeiten, und die, zwar auch nicht ohne Mühe, aber auch nicht ohne regelmässigen Erfolg noch immer ins Volk gelangen. Ebensolcher privater und gemeinschaftlicher Hinneigung zur Volkskultur entspringen die volkskundlichen Sammelwerke, die Dorf- und Regionalmuseen, die Sagen- und Anekdotensammlungen.

Es tut der Qualität ihrer Werke keinen Abbruch, wenn wir das Schrifttum von Josef Reinhart und Albin Fringeli als hervorstechende Zeugnisse fruchtbarer Volkskultur im 20. Jahrhundert bezeichnen.

3.2 Kulturwahrung

Der solothurnischen Volkskultur wohnt wie jeder andern eine konservative Kraft inne. Nicht weniger gilt dies für den Willen zur Wahrung überkommenen Kulturgutes und zur Bewahrung der heimatlichen Natur. Dieser Aufgabe misst man seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges – nachdem im radikalen 19. Jahrhundert ein «ideologischer Bildersturm» manches Wertvolle vernichtet hat oder verkommen liess – hohe Bedeutung zu. Die rechtlichen, vorerst lediglich verordnungsmässigen Voraussetzungen wurden zur Zeit der Regierungsräte Urs Dietschi für die Denkmalpflege und Otto Stampfli für die Juraschutzzone geschaffen. Das Beispiel des Kantons wurde in vielen Gemeinden früh und freiwillig, in andern spät und unter obrigkeitlichem Druck nachgeahmt und hat in den letzten vierzig Jahren erfreuliche Resultate gezeitigt. Hervorstechendste Leistung des Kantons in der Denkmalpflege ist wohl die Mitwirkung in der Stiftung Schloss Waldegg und bei der Restauration des Schlosses, von gewichtiger Bedeutung und kulturpolitischer Ausstrahlung sind aber auch die öffentlich-rechtlichen Stiftungen Wartenfels, Neu-Bechburg u. a. m.

Will man die Erforschung und Darstellung der heimatlichen Geschichte als Zweig der Kulturwahrung betrachten, reiht sich Solothurn zweifelsohne in die fruchtbarsten Stände der Eidgenossenschaft ein. Geschichtsschreibung von wissenschaftlich ausgebildeten wie autodidaktisch tätigen Historikern bringt alljährlich reiche Ernte, die vom Historischen Verein in seinen Jahrbüchern der Gegenwart und Zukunft übermittelt wird. Städte- und Dorfgeschichten bilden reiche und qualitativ zumeist hochstehende Zeugnisse des kantonsweiten historiographischen Eifers, als besonders gewichtiges Buch das Werk die Stadtgeschichte «Olten 1798–1991».

3.3 Kulturförderung

Mit dem Kulturförderungsgesetz erhielt der Regierungsrat Anfang der siebziger Jahre in der Schweiz eher seltene Kompetenzen zur Unterstützung und auch zur Initiierung kultureller Tätigkeiten und Werke. Schon vorher wurde unter Regierungsrat Urs Dietschi dem Musiker Richard Flury der erste kantonale Kunstpreis zuerkannt, der bisher als höchste Einzelauszeichnung unter echt solothurnischer Beachtung angemessener regionaler Proportionalität verliehen wird.

Mit dem Kulturförderungsgesetz wurde auch die Schaffung des kantonalen Kuratoriums und seiner Fachausschüsse möglich und nicht zuletzt die Gründung des Palais Besenval als kantonales Kulturzentrum, das allerdings 2000 aus Spargründen seine Tore schliessen musste. Regelmässige kantonale, regionale und lokale kulturelle Veranstaltungen wie die Waldeggtagungen, die Film- und Literaturtage in Solothurn, die Cabaret-Tage in Olten und die Triennale in Grenchen belegen ein Kulturleben, getragen vom Kanton oder mit seiner namhaften Unterstützung, das an Vielfalt und Bedeutung auch grössere Kantone nicht überbieten.

3.4 Die Bildungspolitik des Kantons

Den gewichtigsten Nachweis für die Qualität der Kulturpolitik eines Kantons hat die Bildungspolitik zu erbringen. Sie musste bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs aufgrund der Verhältnisse, die vom Kanton kaum zu beeinflussen waren, im wesentlichen auf den Strukturen des 19. Jahrhunderts, das die Volksschule als eine seiner bedeutendsten Leistungen geschaffen hat, beharren. Das Bild, das die Volksschule am Ende des 20. Jahrhunderts bietet, ist durch das bereits erwähnte Gesetz von 1969 geprägt worden: Vielfalt der Bildungsmöglichkeiten

innerhalb einer reich differenziert ausgestalteten neunjährigen Schulpflicht, ein Bild, das sich wie alles in diesem zweiten Halbjahrhundert ständig in einzelnen Zügen, aber stets auch wieder im strukturellen Gehalt verändert. Keineswegs unverständlich, dass Reformen im Schulaufbau und namentlich der Organisation der Oberstufe und der Verteilung ihrer Zentren bei der konservativen Grundhaltung des Volkes und dem kommunalen und regionalen Hang zur Eigenständigkeit hartes bildungspolitisches Brot für die Schulverwaltung darstellen. Die Gründung und Weiterführung der Kreis-Oberschule (KOS) in Dulliken bleibt bislang als einsamer Meilenstein der Oberstufenreform stehen. Die Zusammenarbeit in der nordwestschweizerischen und der schweizerischen Erziehungsdirektoren-Konferenz betrachtete man seit deren Gründung bzw. «Modernisierung» als Bedingung für das Gelingen aller neuzeitlichen Schulreform.

Die Mittelschule

Auch die Reform der Mittelschule ist seit der Jahrhundertmitte ein Dauerproblem. Für den Kanton war die dringlichste Aufgabe, der Jugend in allen Regionen den Mittelschulbesuch bis zur Maturität in optimaler Nähe zum Wohnort zu ermöglichen. Der Vollausbau der in den dreissiger Jahren schon von der Stadt mit minimer kantonaler Unterstützung gegründeten Kantonalen Lehranstalt Olten zur Ma-

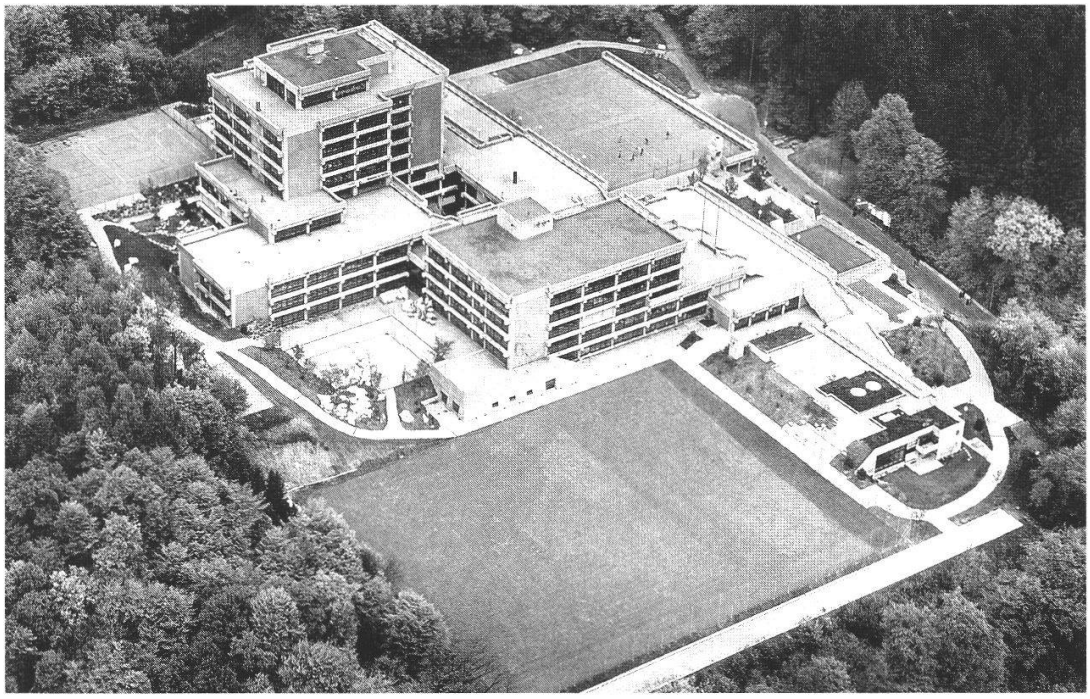

Abb. 8: Die 1973 eingeweihte Kantonsschule Hardwald in Olten.
Comet Flugbild, Zürich.

turitätsschule, die Errichtung des Interkantonalen Gymnasiums Laufen und der progymnasialen Züge in Balsthal, Bättwil und Grenchen markieren diese Entwicklung, die innerhalb von anderthalb Jahrzehnten, zwischen 1965 und 1980, abgeschlossen werden konnte. Der innere Aus- und Umbau, die Maturitätsreform der siebziger Jahre und die neue Maturität (MAR) von heute stellten und stellen schwierige Herausforderungen für unsere Mittelschulen dar. Mittelschulreform bedeutete immer auch Seminarreform, die ihrerseits seit der Ausdehnung der Ausbildung auf fünf Jahre weitere Stufen und neue Bereiche erfasst hat. Die heute zur Diskussion stehenden Probleme können wohl aber in überlegterer Art angegangen werden als jene in der Zeit des «Babybooms», als die Zahl der Parallelklassen mit der Führung von Umschulungskursen und Kursen für Berufstätige innerhalb von wenigen Jahren von vier auf zehn (!) erhöht werden musste.

Solothurnische Hochschulpolitik

In den bildungspolitisch besonders neuerungsträchtigen sechziger und siebziger Jahren träumte auch Solothurn von einer eigenen, besser einer Zwei- oder Dreikantonehochschule «Aarolfingen». Die Mitarbeit am aargauischen Projekt einer Hochschule für Bildungswissenschaften reichte bis zur politischen und gesetzlichen Entscheidungsreife und dauerte von Mitte der sechziger Jahre bis zum Tod der Projektes im bildungspolitischen Frost Mitte der siebziger Jahre.

Aber Solothurn musste sich auch ohne eigene universitäre Teilhabe hochschulpolitisch absichern. Die Mitwirkung des Kantons an den interkantonalen Abkommen für den gleichberechtigten Zugang der Solothurner Maturanden zu den kantonalen Hochschulen wurde von Parlament und Volk seit Mitte der siebziger Jahre stets anerkannt, nicht weniger, nach allerdings harzigen Verhandlungen innerhalb der Fraktionen, die Einführung des Klinischen Unterrichts an den Spitälern von Solothurn und Olten.

Die Berufsbildung

Mit dem Bau der grossen Berufsbildungszentren in den Städten waren Anfang der achtziger Jahre die äusseren Voraussetzungen für die geradezu stürmische innere Entwicklung des Berufsbildungswesens geschaffen. Sie begann nach dem jahrzehntelangen «Einerlei» Ende der sechziger Jahre mit der Einführung der Berufsmittelschule als Herzstück des trivialen Wegs, der seither zu weiteren Differenzierungen geführt hat. Diese beeindruckende Entwicklung verlief beinahe im Stillen. Das hat seinen sicheren Grund in der Anfang der siebziger

Jahre gelungenen Kantonalisierung des gesamten Berufsbildungswesens. Die Krönung dieser Entwicklung war 1972 die fast lautlose Gründung der HWV, der heutigen Hochschule für Wirtschaft (HSW) in Olten, und schliesslich die Einführung der Berufsmaturität.

4. Das solothurnische Staatsbewusstsein

4.1 «Der alte stolze Stand» – gestern und heute

Bis ins letzte Drittel des 20. Jahrhunderts genoss der Kanton besonderes Ansehen, weil es, wie wir freundeidgenössisch oft zu hören bekamen, gelungen sei, ein geographisch derart disparates Staatswesen über fünf Jahrhunderte ohne jegliche separatistischen Bestrebungen zusammenzuhalten. Die Ursachen dieses starken Staatsbewusstseins liegen ohne Zweifel in der politischen Geschichte des Kantons, in kluger Regierungspolitik, die der Eigenart der Regionen, ihren infrastrukturellen Bedürfnissen und ihrer burgundischen, alemannischen und raurachischen Mentalität Rechnung zu tragen verstand. Das galt vom Spätmittelalter bis in die Gegenwart vor allem auch in der Kulturpolitik, im besondern in der Entwicklung und Praxis der konfessionellen Toleranz, die trotz Kulturkampfstreitigkeiten sich immer wieder auf den «Wengigeist» zu berufen gebot. Eine überparteiliche Bewegung vermochte so 1971, hundert Jahre nach der Aufhebung des Klosters Mariastein, die Wiederherstellung seiner korporativen Selbständigkeit, verbunden mit massiven finanziellen Entschädigungen, dem Volk genehm zu machen. Schon 1968 wurde Solothurn mit dem Amtsantritt von Bischof Anton Hänggi zu einem Zentrum ökumenischen Strebens, wobei die Kirchenoberen aller drei Landeskirchen sich etliche Male zu gemeinsamen Gesprächen trafen.

Die gleiche Klammerfunktion wollte man immer auch der Bildungspolitik übertragen wissen. Der Artikel des Volksschulgesetzes, der dem Regierungsrat die Kompetenz gibt, die Schulorganisation in den Grenzgebieten derjenigen der Nachbarkantone anzupassen, ist wohl der sprechendste Ausdruck dafür. Im Leimental und in Erlinsbach z. B. konnte er angewandt werden.

Was den Kanton zusammenhielt, war die Politik, die so etwas wie seine «immaterielle» Natur wurde. Dadurch gewöhnte man sich ans solothurnische staatsbürgerliche Wesen. In den siebziger Jahren freilich wurden Erscheinungen der «Entpolitisierung» des Volks unübersehbar. Es rissen die Bindungen auch der parteipolitischen Tradition. Mit dem Zerfall des Dreiparteiensystems löste sich auch die Unbedingtheit des grundsatzbestimmten politischen Engage-

ments, und, weil der Kanton urpolitisch war, verlor er damit wohl auch ein Stück seiner politischen und geistigen Identität.

Dennoch, an der grossen Jubelfeier «500 Jahre eidgenössischer Stand Solothurn» von 1981 konnte Bundesrat Furgler Solothurn noch immer als den «stolzen alten Stand» loben. Aber die gesunde republikanische «Leidenschaft für den Staat», die anlässlich der Schaffung des Gemeindegesetzes von 1949 der damalige Kommissionspräsident, der Oltner Stadtammann Hugo Meyer, den Solothurnern nachgerühmt hatte, begann zu serbeln, und die Liebe zur regionalen Eigenart nahm in den neunziger Jahren im Schwarzbubenland und im Niederamt bedenkliche Züge eines bedingungslosen Regionalismus an.

4.2 Der Brückenkanton zwischen deutsch und welsch

In Solothurn beginnts zu «wältschelen», konnte man noch nach dem Ersten Weltkrieg im Niederamt hören. Die engeren Bindungen Solothurns nach Westen als nach den andern Richtungen sind wie sein politischer Habitus geschichtliches Erbe. Im Mittelalter mit den Städten des eidgenössischen Westens verbündet, durch die Ambassade deutlich französisch geprägt, pflegte es allezeit besonders enge Beziehungen zur Romandie. So lag es denn nahe, 1963 die Stiftung Schloss Waldegg im besondern mit der Förderung des gegenseitigen Verständnisses unter den Sprachgruppen zu beauftragen. Im gleichen Geist wurde Solothurn auch Pionierkanton für den Frühfranzösisch-Unterricht. Als Brückenkanton wollte man sich auch verstanden wissen, als die Regierung sich in den siebziger Jahren als Sitz der eidgenössischen Föderalismus-Stiftung bewarb.

4.3 Der Kanton in der Eidgenossenschaft

Solothurn galt und gilt aufgrund seiner Abstimmungsresultate noch immer mit Fug und Recht als bundestreuer Stand. Selbst in der neusten Zeit, da das Wort der Parteien oft von Sonderinteressen «gesprochen» wird, zeigt das Volk Bundestreue. Auch sie ist uralte, von Solothurns prekärer geopolitischer Lage bestimmte Tradition: Auf den Bund wollte man bauen, wenn die Umgebung sich «unfreundlich» gebärdete. In unserem Jahrhundert war es nicht zuletzt die solothurnische Miliz, die bei der Armeeführung den Ruf besonderer Zuverlässigkeit genoss, was sich auch bis in die Jahre der gegenwärtigen Solidaritätskrise in der überdurchschnittlichen Aktivität der militärischen Vereine zeigte. Es ging im Zweiten Weltkrieg das «on dit», dass Gene-

Abb. 9: Der neue Bundesrat Willy Ritschard am Abschiedsessen des Regierungsrats vom 23. Januar 1974 im Gespräch mit (v. l.) Alfred Rötheli, Alfred Wyser und Rudolf Bachmann.

ral Guisan, so er ein Garderegiment hätte ernennen können, das Solothurner Regiment 11 erwählt hätte.

Der Stand Solothurn brachte überdurchschnittlich viel eidgenössische «Politprominenz» hervor, im 20. Jahrhundert die Bundesräte Obrecht, Stampfli, Ritschard und Stich, von eidgenössisch gerühmter politischer Statur auch, um nur die hervorstechendsten zu nennen, die Ständeräte Schöpfer in den dreissiger und Obrecht in den sechziger und siebziger Jahren und Nationalrat Leo Schürmann. Es verwundert kaum, dass aus dem militärfreundlichen Kanton im Verhältnis zur Einwohnerzahl der Armee auch überdurchschnittlich viele Generalsoffiziere stammten, unter den Höchsten im letzten Halbjahrhundert die Korpskommandanten Biberstein, Studer, Moll, Lüthy und Portmann.

Zum Schluss

Der Versuch dieses Überblicks ist mehr als lückenhaft. Er mag vielleicht dennoch einem jungen Historiker als Orientierungshilfe und Anlass zu kritischer Würdigung unserer jüngsten Geschichte dienen, wenn er sich dem lobenswerten Unterfangen stellen sollte, die Kantonsgeschichte fortzuschreiben.

Zeittafel

1910 Gründung der Freisinnigen Alters- und Sterbekasse und des Freien Arbeiterverbandes.
1912 KR-Wahlen: die letzten «Kulturkampfwahlen».
1914 1. August: Ausbruch des Ersten Weltkriegs.
1916 Gratisabgabe von Lebensmitteln in der Industrie.
1917 Freisinn verliert erstmals die absolute KR-Mehrheit. Hans Affolter erster Regierungsrat der SP.
1918 Generalstreik in Olten, Solothurn und Grenchen. Motion von Ständerat Schöpfer auf Grippezulagen für Wehrmänner und Bundesbeamte.
1929 KR-Wahlen mit erneuter absoluter Mehrheit der FdP.
1930 7. September: Freisinniger Jubiläumsvolkstag in Balsthal.
1933 Wahl von Jacques Schmid (SP) in den RR.
1937 KR-Wahlen mit absoluter FdP-Mehrheit. Abschluss des «Friedensabkommens» in der Metallindustrie durch Dübi und Ilg.
1939 1. September: Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.
1941 Landesring erreicht 11 KR-Mandate. Gottfried Klaus wird erster SP-Ständerat.
1942 Schaffung der Juraschutzzone durch Verordnung.
1945 KR-Wahlen (Reduktion der Sitzzahl): FdP –12, KK –3, SP +12, LR –11.
8. Mai Ende des Zweiten Weltkriegs.
1949 KR-Wahlen: FdP +3, KK +2, SP –1. Neues Gemeindegesetz mit Wahlmöglichkeit von Frauen in bestimmte Gemeindekommissionen.
1952 Freisinn verliert Regierungsmehrheit.
1953 Werner Vogt zweiter SP-Vertreter im RR, Hans Erzer Nachfolger von Oskar Stampfli. KR-Wahlen: FdP +10, SP +3, KK –1.
1963 Letzte Kampfwahl um FdP-Regierungsmehrheit: Willy Ritschard, SP, gewählt gegen Alfred Wyser, FdP. Gesetz über Kantonsschule Olten, Zusatzkredite für Spitalbauten angenommen.
1964 Vielbeachteter Solothurnertag an der EXPO 64. 1. Kantonaler Kunstpreis an den Komponisten Richard Flury.
1965 Volk lehnte erste EDV-Vorlage ab.
1966 Annahme des Kulturförderungsgesetzes.
1967 Annahme der Spitalvorlage V (Neubau Bürgerspital Solothurn) und der Mittelschulvorlage I (Neubau Kantonsschule Olten und Seminar SO), Einweihung des Spitals Olten, A.Wyser RR.
1968 «Bewegung» an Kantons- und Berufsschulen. Annahme des Jugendheimgesetzes. Wahl von Bischof Anton Hänggi.
1969 KR-Wahlen: LR +6. Aufhebung des Schulmonopols und Annahme des neuen Volksschulgesetzes. Rolf Bachmann (SP) RR.
1971 6. Juni Annahme des kantonalen Frauenstimmrechts und der Rückgabe des Klosters Mariastein. Einführung der BMS und der KOS Dulliken, Annahme des Stipendiengesetzes und des Berufsbildungsgesetzes.
1972 Schaffung des Raumplanungsamtes, Gründung der HWV Olten, Schliessung der «Lanco» in Langendorf.
1973 KR-Wahlen: FdP –1, CVP +1, Poch +1, LR –5. Gottfried Wyss (SP) RR.
1974 Einweihung der Kantonsschule Olten und des Bürgerspitals Solothurn, Annahme der Spitalvorlage VI.
1975 Rezession in der Wirtschaft führt zu plötzlichem Lehrerüberschuss. Gründung der «Gewerkschaft Erziehung» (GE).

1976 Annahme der Vorlage für den Um- und Ausbau des Spitals Breitenbach, Gründung der kantonalen Technikerschule Grenchen, Ablehnung der Initiative «Kleinere Schulklassen» der GE.

1977 Einweihung des umstrittenen Kreisschulhauses Büren, Kantonsrat beschliesst die Einführung des Frühfranzösisch-Unterrichts, Demonstration gegen das KKW Gösgen. Alfred Rötheli (CVP) RR.

1978 Annahme der Vorlage für den Klinischen Unterricht an Spitälern. Nein zur Kostenbeteiligung der Gemeinden am Progymnasialen Unterricht an den Kantonsschulen.

1980 Einweihung der Allerheiligenberg-Neubauten und des neuen BBZ Olten, Annahme der Hochschulbeiträge.

1981 KR-Wahlen: FdP 68, SP 44, CVP 34. Einweihung des KKW Gösgen. Denkwürdige Feierlichkeiten zum Jubiläum «500 Jahre eidgenössischer Stand Solothurn».

1982 Produktionsunterbrüche und Fabrikschliessungen.

1984 Annahme der Vorlage für den Neubau des Wallierhofs, allgemeine Einführung des Frühfranzösisch-Unterrichts.

1985 KR-Wahlen: FdP –2, SP –2, Grüne +4, RR-Wahl von Max Egger (CVP). Ablehnung der zweiten EDV-Vorlage, Annahme des Gesetzes über die Wirtschaftsförderung.

1986 Annahme der neuen Kantonsverfassung, Leitbild 86.

1987 RR-Wahl von Cornelia Füeg (FdP), und Rolf Ritschard (SP). Rosemarie Simmen (CVP) im Ständerat.

1989 KR-Wahlen: FdP 53, CVP 42, SP 33, Grüne 9, Autopartei 7. Annahme der Vorlagen über die kantonale Ingenieur- und die Diplommittelschule. Peter Hänggi (CVP) RR.

1990 Einweihung BBZ Grenchen.

1991 Gründung der solothurnischen Sektion der SVP.

1992 Beginn des Kantonalbank-Debakels. Annahme der Interkantonalen Vereinbarung über Hochschulbeiträge.

1993 RR-Wahl von Thomas Wallner (CVP) und Christian Wanner (FDP). Zusammenbruch von EKO und BiK.

1994 Gegen 6000 Arbeitslose. Gründung des «Espace Mittelland».

1997 Ruth Gisi (FdP) und Walter Straumann (CVP) RR.

1998 Annahme des fakultativen Gesetzesreferendums und der Erhöhung der Finanzkompetenz des KR. HWV wird Fachhochschule.